

wartet werden muß, daß sie eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung durch Steuerung der kassenärztlichen Zulassung sicherstellen. Der Staat kann ihnen dabei durch Überlassung von Bedarfsplänen gegebenenfalls helfen. Materielle Anreize allein reichen häufig als Stimulans nicht aus, weil die Belastung des einzelnen Landarztes, der sich oft nicht einmal vertreten lassen kann, sehr groß ist, und hier allenfalls die Einrichtung von Gruppenpraxen eine Befreiung aus der beruflichen Isolation verspricht. Eine weitere Möglichkeit wäre gegeben durch die verstärkte Öffnung von Krankenhäusern für die ambulante Behandlung von Kranken, schließlich auch eine Umwandlung von kleinen Krankenhäusern in „Pflegehospitals“ mit der Möglichkeit für niedergelassene Ärzte, dort Leichtkranke zu versorgen. Arzttrufzentralen genügen sicher nicht, um die Versorgung sicherzustellen.

F.D.P.: Gegen staatliche Bedarfslenkung

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Werner Heibig:

Nach Feststellungen der Landesregierung und nach Erhebung der kassenärztlichen Vereinigungen ist die allgemein-ärztliche Versorgung der Bevölkerung im Lande Nordrhein-Westfalen im allgemeinen hinreichend sichergestellt. Vorübergehende Engpässe, die z. B. durch Wegzug oder Tod eines Arztes unvorhergesehen auftreten können, haben meist nur lokale Bedeutung. Sie werden in der Regel durchweg durch Maßnahmen der kassenärztlichen Vereinigungen in kurzer Zeit überwunden. Dennoch ist nicht zu verkennen, daß in bestimmten Regionen des Landes Schwierigkeiten bei der Besetzung von Landarztstellen auftreten, wenn auch von einer echten Notsituation nicht gesprochen werden kann.

Die F.D.P. unterstützt die Bemühungen des Bundesgesundheitsministers für die Verbesserung der kassenärztlichen Versorgung. Das Konzept, regionalen Engpässen in der ärztlichen Versorgung nicht mit staatlichen Zwangsmaßnahmen, sondern durch erweiterte Befugnisse und eine Stärkung der ärztlichen Selbstverwaltung entgegenzuwirken, entspricht den Vorstellungen der F.D.P. Die vorgesehene Bedarfsplanung für die kassenärztliche Versorgung soll den kassenärztlichen Vereinigungen obliegen. Eine staatliche Bedarfslenkung, etwa durch Zwangsverpflichtung von Ärzten für bestimmte Arztstühle, ist dagegen schon rechtlich nicht durchführbar.

Die F.D.P.-Fraktion unterstützt die Förderungsmaßnahmen für niederlassungswillige Ärzte, wie sie namentlich von den kassenärztlichen Vereinigungen, aber auch von vielen Gemeinden angeboten werden. Die Maßnahmen, etwa Umsatzgarantien, Investitionsdarlehen für Ärzte und Gruppenpraxen, Vorfinanzierung und Arzthäuser und die Einrichtung und finanzielle Förderung von Notfalldiensten, wirken sich immer deutlicher aus. Auch Arztstühle in ungünstigen Lagen können dadurch in zunehmendem Maße und auf Dauer besetzt werden.

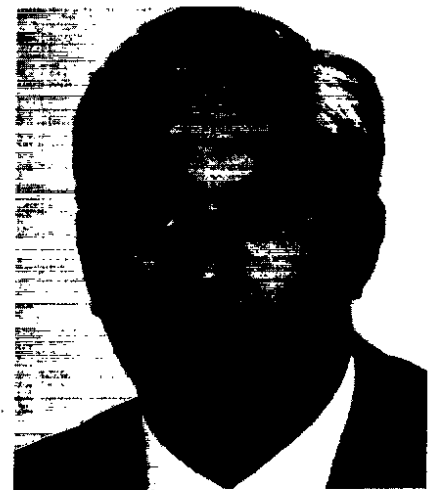
Porträt

Der Weg von der Kohle zum Wasser ist gar nicht so umständlich. Dr. Benno Weimann ging ihn direkt. Der gebürtiger Kölner des Jahrgangs 1926, den zwei westfälische Großmütter auf den Knien gewiegt hatten und den es nach Studium, Referendarzeit, Doktor-examen und großer juristischer Staatsprüfung vom Rhein wieder nach Westfalen zog, war mit 35 Jahren Vorstandsmitglied der Schachtanlage „Heinrich Robert“ in Herrlingen bei Hamm und damit zugleich der jüngste Zechenleiter an der Ruhr.

Bei Gründung der Einheitsgesellschaft Ruhrkohle AG wurde Weimann „zum eigenen Glück gezwungen“. Er kam in den Vorstand des größten deutschen Wasserversorgungsunternehmens nach Gelsenkirchen. Schon vier Jahre danach ernannte man ihn zum Vorstandsvorsitzenden der Gelsenwasser AG. Seitdem ist der Wirtschaftsjurist sozusagen führender „Wassermann“. Fast drei Millionen Menschen im Ruhrgebiet werden von Gelsenwasser versorgt.

Der Kohle-Wasser-Weimann ist denn auch Sprecher der CDU-Landtagsfraktion für Fragen der Wasserwirtschaft und der Umwelt. Entscheidend mitgewirkt hat er auch bei der kommunalen Neugliederung des Landes. Weimann setzte sich für sinnvolle Lösungen des Emscher-Städte-Problems ein. Die Selbständigkeit dieser Städte ergibt sich für ihn zwangsläufig aus den gewachsenen historischen Bindungen zum Münsterland.

Beruf und Politik charakterisieren die Persönlichkeit mit dem akkuraten Grauschopf. Des Advokaten-Sohnes politisches Interesse ward bereits im Elternhaus geweckt. Er wirkte mit beim Aufbau der studen-



Dr. Benno Weimann (CDU)

tischen Selbstverwaltung der Universität Köln. In jenen Jahren begegnete er Rainer Barzel, dessen sozialpolitische Auffassungen Weimann teilt und mit dem er sich berät.

Schon 1956 wurde Weimann für die CDU in den Rat der Stadt Hamm, seines damaligen Wohnortes, gewählt. 1960 berief ihn die Partei zu ihrem Kreisvorsitzenden. Seit 1966 gehört Benno Weimann dem Parlament am Düsseldorfer Schwanenspiegel an. Er bemüht sich um eine pragmatische Politik — ein Konservativer, der die Zukunft gestalten möchte.

Der Sprung von der Kohle zum Wasser ließ Weimann in Recklinghausen Wohnung nehmen. Dort dient er dem größten Kreisverband in Westfalen-Lippe seit zwei Jahren als Schatzmeister. Außerdem ist er Vorstandsmitglied der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft und Vorsitzender der Parlamentariergruppe CDU/CSU für Umweltfragen in Bonn. „Nebenbei“ ist Weimann Vorsitzender oder Präsidiumsmitglied von einem Dutzend überregionaler Institutionen für Gewässer- und Naturschutz sowie für Landschaftspflege.

Sein „liebstes Hobby“ kommt meist zu kurz: „Für die Familie bleibt wenig Zeit.“ Seine Lebenspartnerin ist seit 1961 Eleonore Köhler, eine Berliner. Tochter Gabriele (9) und Sohn Martin (12) versuchen ihrerseits, trickreiche Methoden zu entwickeln, mit denen sie Papi freie Stunden abknöpfen können.

Eugen Vietinghoff